

INTERPELLATION von Dr. Sebastian Brändli (SP, Zürich) und Julia Gerber Rüegg (SP, Wädenswil)

betreffend deutschschweizerische Koordination von universitären Fächern (z. B. 'Islamistik')

Im Zusammenhang mit der deutschschweizerischen Koordination von universitären Fächern (z. B. 'Islamistik'), bitten wir den Regierungsrat, zu den folgenden Fragen Stellung zu beziehen:

1. a) Mit welchen fachlichen Überlegungen hat die Erziehungsdirektion die 'Islamistik' als Fach auf die Transferliste gesetzt?
b) Welche Entscheide sind diesbezüglich bereits gefallen?
2. a) Wie weit ist der Regierungsrat bezüglich der Umsetzung der vom Kantonsrat überwiesenen Motion KR-Nr. 33/1995 vorangekommen, die gesetzlichen Grundlagen für interkantonale deutschschweizerische Zusammenarbeit verlangt?
b) Besteht ein Konzept, welche Fächer für welche Art der Zusammenarbeit in Frage kommen?
3. a) Welche Schnittstellen zur angekündigten Schaffung der Universität als öffentlichrechtliche Anstalt mit eigener Rechtspersönlichkeit sieht der Regierungsrat bei der Umsetzung der Motion KR-Nr. 33/1995?
b) Wie stellt sich der Regierungsrat in diesem Zusammenhang zur Möglichkeit, die Frage der universitären Zusammenarbeit im Rahmen der Leistungsvereinbarung als Auftrag an die öffentlichrechtliche Anstalt zu formulieren, vorderhand also auf die Aufhebung von Fächern zu verzichten?
4. a) Wie stellt sich der Regierungsrat die Zusammenarbeit mit anderen Kantonen vor?
b) Wurden bereits Verhandlungen mit anderen Kantonen aufgenommen?
5. a) Die Universität Zürich hat in der philosophischen Fakultät I - in eigener Regie - bereits die Ostasienwissenschaften als deutschschweizerischen Schwerpunkt etabliert (Sinologie, Japanologie, Koreanistik). Ist dieser Schwerpunkt von höherer Stelle sanktioniert?

b) Wäre mit 'Islamistik' ein zweiter weltregionaler Schwerpunkt nach den Vorstellungen des Regierungsrates möglich, angesichts der grossen Zahl der muslimischen in Zürich und Umgebung wohnenden Menschen nicht sogar sinnvoll?

6. a) Wie stellt sich der Regierungsrat die deutschschweizerische Zusammenarbeit im Fach 'Islamistik' vor? Wie wird sichergestellt, dass ein Minderengagement in Zürich mit einem Ausbau in Bern einherginge?

b) Welche rechtlichen Grundlagen sind für die Zusammenarbeit nötig?

7. Die Kritik aus der philosophischen Fakultät I am erziehungsdirektoralen Vorhaben richtet sich vor allem auf die Beschneidung der Möglichkeit, 'Islamistik' als Nebenfach zu wählen. Welche Konzepte verfolgt der Regierungsrat, um solche unerwünschten Nebenwirkungen trotz Fachkonzentration an einer deutschschweizerischen Universität zu verhindern oder mindestens zu beschränken.

Für die Beantwortung der Fragen danken wir bestens.

Dr. Sebastian Brändli
Julia Gerber Rüegg

H. Attenhofer	H. Schmid	Dr. R. Gurny Cassee	M. Speerli Stöckli
J. Vogel	Dr. T. Huonker	E. Lalli Ernst	W. Spieler
Dr. Ch. Spillmann	S. Rusca Speck	M. Bornhauser	G. Keller
S. Frutig	L. Waldner	E. Hallauer-Mager	E. Arnet
Dr. U. Mägli	D. Gerber-Weeber	R. Winkler	P. Stirnemann
J. Fehr	R. Keller	R. Brunner	

Begründung:

Vor kurzem gelangten Informationen an die Öffentlichkeit, wonach das Fach 'Islamistik' (Islamkunde, Orientalistik, Arabistik) der Universität Zürich zugunsten eines Ausbaues des Faches an der Universität Bern aufgehoben werden soll. Die Interpellanten stehen dafür ein, dass im Hochschulbereich interkantonal arbeitsteilige Lösungen realisiert werden, damit die "Hochschule Schweiz" Wirklichkeit wird. Der 'Islamistik', die bisher an den Universitäten von Basel, Bern und Zürich angeboten wird, kommt in diesem Zusammenhang eine Pionierrolle zu.